

Antrag

der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Dr. Winfried Pinger und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Roland Kohn, Dr. Irmgard Schwaetzer und der Fraktion der F.D.P.

5 Jahre nach der VN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro: Schutz des Tropenwaldes verstärken – Initiativen gegen die Zerstörung der borealen Wälder ergreifen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nachdem sich die Entwaldungsrate in den Tropenländern seit 30 Jahren ständig erhöht hat, scheint nach neuesten Angaben der Welternährungsorganisation FAO für 1997 das Ausmaß der Waldzerstörung zwar seit 1990 leicht zurückgegangen zu sein. Sie ist jedoch weiterhin sehr hoch und bedroht unvermindert das ökologische und ökonomische Gefüge der Tropenwaldländer, aber auch der gesamten Staatengemeinschaft. Nach offiziellen Daten der FAO wird der jährliche Waldflächenverlust für die Jahre 1981 bis 1990 auf 15,4 Mio. ha geschätzt (Waldverlustrate: 0,8 %). Der jährliche Waldverlust betrug in Lateinamerika/Karibik 7,4 Mio. ha (0,8 %), in Asien/Pazifik 3,9 Mio. ha (1,2 %) und in Afrika 4,1 Mio. ha (0,7 %). Am meisten von der Zerstörung bedroht sind die verbliebenen Restwaldflächen in Asien und Ozeanien. Von den borealen Wäldern der nördlichen Erdhalbkugel sind vor allem die sibirischen Wälder gefährdet; dort werden z. Z. jährlich 4 Mio. ha und damit viermal so viel wie die jährliche Holzernte Fläche Kanadas vernichtet.

Die unmittelbaren Ursachen der Tropenwaldzerstörung liegen zum einen in der großflächigen Umwandlung des Naturwaldes zu Agrar- und Weideland, die oft von staatlich geförderten Umsiedlungsprogrammen gerade in Lateinamerika und in Asien ausgehen und/oder von staatlichen Steueranreizen begleitet oder initiiert sind, wobei häufig der ökonomische Erfolg wegen der klimatischen und der Bodenverhältnisse zweifelhaft ist oder bald ganz ausbleibt. Zum anderen sind die verbliebenen Naturwälder bedroht durch den Gewinn von Tropenholz mit unsachgemäßen Holzeinschlagpraktiken und durch die Überbeanspruchung empfindlicher Ökosysteme durch Überweidung und Feuerholznutzung. Bei der Zerstörung der borealen Wälder sind es in erster Linie unkontrollierte Feuer und großflächiger, nicht nachhaltiger

Holzeinschlag zur Gewinnung von Exportholz, vor allem in die Länder des fernen Ostens.

Mittelbare Ursachen der Waldvernichtung sind vielerorts fehlende oder mangelhafte Raum- und Landnutzungsplanung, wirtschaftspolitische Fehlsteuerungen wegen der Unterschätzung des ökonomischen Wertes des Naturwaldes bzw. der Folgeschäden seiner Zerstörung, mangelhafte Umwelt- und Forstgesetzgebung bzw. deren administrative und polizeiliche Überwachung. Tiefere Ursache ist häufig auch die Massenarmut breiter Bevölkerungsschichten in den betreffenden Ländern, die kraß ungleiche Landverteilung, kombiniert mit einem ungebremsten Bevölkerungswachstum, wodurch Hunderte von Millionen von Menschen im Kampf ums Überleben zur Umweltzerstörung gezwungen sind.

Die Folgen der Tropenwaldzerstörung nehmen immer bedrohlichere Ausmaße an: Desertifikation und Degradierung ganzer Landstriche und Regionen wie in Indien oder Brasilien; Veränderungen des örtlichen Klimas und Ausbleiben des Regens mit gewaltigen Ernteeinbrüchen wie in Malaysia oder in Westafrika; die Versandung und Verschlammung von Kraftwerken, Staudämmen, Flüssen und Bewässerungssystemen; die Freisetzung von gewaltigen Mengen von Kohlendioxid und dem entsprechenden Beitrag zum Treibhauseffekt; die Verarmung der Schöpfung, die in Tropenwäldern mit bis zu 90 % der globalen Artenvielfalt besonders hoch, aber mit jährlich rd. 17 000 aussterbenden Arten auch besonders bedroht ist; damit einhergehend auch die Zerstörung eines ungeheuren ökonomischen Forschungs- und Entwicklungspotentials, das 1985 43 Mrd. US-\$ allein an pharmazeutischen Produkten aus Tropenwaldpflanzen erbrachte. Das Zerstören und Abbrennen der borealen Wälder Sibiriens leistet ebenfalls einen Beitrag zur CO₂-Freisetzung und damit zum Treibhauseffekt; diese Wälder sind dadurch inzwischen von einer Kohlenstoffsenke zu einer Netto-Kohlenstoffquelle geworden.

Die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro hat 1992 in einem Kreis von Regierungsoberhäuptern, Ministern, Wissenschaftlern und Nichtregierungsorganisationen aus über 120 Staaten eindrucksvoll und sehr deutlich auch den engen Zusammenhang zwischen dem Schutz der Tropenwälder und der nachhaltigen Entwicklung der gesamten Staatengemeinschaft dargelegt. Die Konferenz hat einen Prozeß ausgelöst, der mittlerweile national und international z. B. mit der Ratifizierung der Klimarahmenkonvention und der Konvention über biologische Vielfalt sowie der Einrichtung der globalen Umweltfazilität (GEF) Spuren hinterlassen hat. Die Möglichkeit für wirksamere internationale Maßnahmen gegen die globale Schädigung und Zerstörung der Wälder wurde insbesondere im Rahmen der VN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) und des von ihr eingerichteten Zwischenstaatlichen Waldforums (IPF) weiter konkretisiert. Die Bundesrepublik Deutschland war maßgeblich am Erfolg der Konferenz und ihrer Folgekonferenzen beteiligt, hat mittlerweile ein Drittel der bilateralen Entwicklungsprojektvorhaben dem Umwelt- und Ressourcenschutz gewidmet und ist u. a. größter Geber von finanziellen Mitteln zum Schutz des

Tropenwaldes. Dennoch ist es bisher nicht gelungen, dem dramatischen Schrumpfen der Tropenwälder Einhalt zu gebieten. Die Politik zum Schutz der Tropenwälder muß daher national und international verstärkt und verbessert werden. Dies gilt auch für Initiativen der Staatengemeinschaft, das relativ neue Phänomen der unkontrollierten Vernichtung der borealen Wälder Sibiriens in den Griff zu bekommen.

II. Vor diesem Hintergrund und aus Anlaß der bevorstehenden „Sondergeneralversammlung der VN zur Überprüfung der Umsetzung der Ergebnisse von UNCED 1992 in Rio de Janeiro“ fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, sich an folgenden Gesichtspunkten zu orientieren.

1. Die Schwerpunktumsetzung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit – Umwelt, Bildung und Armutsbekämpfung –, die Verstärkung des Themas „Kontrolle des Bevölkerungswachstums“ und die Orientierung an Vergabekriterien wie Entwicklungsorientierung der Regierung, Respektierung der Menschenrechte und der Demokratie, Förderung von Marktwirtschaft und Privatinvestitionen sind wichtig, weil ohne Entwicklungsperspektiven für die breite Bevölkerung in den Entwicklungs- und Schwellenländern auch kein langfristiger Umwelt- und Naturschutz gesichert werden kann. Grundsätzlich bewährt haben sich die Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung und der Übergang von der Einzelprojektbetrachtung zu integrierten sektoralen oder regionalen integrierten Entwicklungsprogrammen. Bewährt hat sich auch die Zusammenarbeit mit international tätigen Umwelt- und Naturschutzorganisationen; die Einrichtungen der Trust Funds, der Tropenwaldreserve, des Schuldenerlasses gegen Ressourcenschutz und das Projekt „Umsetzung der Konvention über biologische Vielfalt“ müssen beibehalten und erweitert werden, das entwicklungspolitische Instrumentarium zum Schutz des Tropenwaldes muß insgesamt flexibler einsetzbar sein und grundsätzlich dort zum Einsatz gebracht werden können, wo die größte Gefahr für den Wald droht bzw. die Aufnahmefähigkeit und Kooperationsbereitschaft der Empfängerländer am größten ist.
2. Die Erfahrungen aus den bilateralen Tropenwaldprojekten in aller Welt und insbesondere in Brasilien zeigen, daß solche Vorhaben nur dann erfolgreich sind, wenn sie auf einem vorhergegangenen intensiven Politikdialog zwischen Gebern und Nehmern zustandegekommen sind, die örtliche Bevölkerung partnerschaftlich mit einbeziehen, sektor- und institutionell übergreifend, flexibel und prozeßorientiert angelegt sind. Die Entwicklungszusammenarbeit erfordert daher stärker als bisher die gemeinsame, für das jeweilige Land maßgeschneiderte Aufstellung von nationalen Forstprogrammen, in denen großflächige Schutzgebiete und Nationalparks mit Korridorverbindung, die Rehabilitation von degradiertem Wald, Zonen der Aufforstung und der Agroforstwirtschaft und Holznutzungsgebiete festgelegt sind. Die nationalen Forstprogramme

wiederum müssen in eine schlüssige und abgestimmte Länderstrategie eingebettet sein.

3. Ein wichtiges Element im Tropenwaldschutz ist die Beibehaltung und Ausweitung der Hilfe beim Aufbau einer Umwelt- und Forstgesetzgebung, einer entsprechenden gut ausgebildeten und gut motivierten Administration und Rechtspflege und das technische Know-how zum Aufbau und zur Überwachung einer ressourcen- und umweltschonenden Landnutzung unter verstärkter Anwendung von Fernerkundungsmethoden. Ebenso wichtig sind verstärkte Maßnahmen zu Umwelterziehung und Umweltbildung sowohl in der breiten Bevölkerung als auch bei den Entscheidungsträgern in Politik und Bürokratie.
4. Wesentliche Bestandteile einer erfolgreichen nationalen effizienten und nachhaltigen Forstpolitik sind Dezentralisierung der Entscheidungen und Subsidiarität bis hinab zur kommunalen Ebene unter Einbeziehung privater und gemeinnütziger Organisationen mit einer Konzentration der staatlichen Forstverwaltung auf Hoheits- und Überwachungsaufgaben. Erforderlich ist dabei häufig die Reorganisation des nichtstaatlichen Forst- und Holzsektors, die Entwicklung neuer Projektträgerstrukturen, die ökonomische Belohnung von Waldschutz und die Aufhebung steuerlicher Anreize zur Umwandlung von Wald in andere Nutzungsformen. Darüber hinaus sind auch Hilfestellungen zur effizienten Weiterverarbeitung von Rundholz zu Zwischen- oder Endprodukten in den Tropenwaldländern zu geben.
5. Gerade auch die Erstellung nationaler Forstprogramme und Länderstrategien bietet einen Ansatzpunkt, auch die dringend nötige, aber bislang noch selten erreichte internationale Koordinierung im Umwelt- und Entwicklungsbereich zu verbessern und die in einer Vielzahl von Geber- und Empfängerorganisationen und Länder zersplitterten Kräfte stärker zu bündeln. Ziel muß es dabei auch sein, die bisher tätigen internationalen Institutionen z. B. der Entwicklungsbanken und des VN-Systems zu straffen und zu stärken, bevor neue Organisationen gegründet werden. Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, insbesondere in der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken, bei der EU und den einschlägigen VN-Organisationen (z. B. CSD, FAO) diese Koordinierungsarbeit voranzutreiben und dabei die Politik zum Schutz der Tropenwälder zu verstärken.
6. Die neue Satelliten- und Radartechnik sollte auch für eine flächendeckende und exakte Beobachtung und Überwachung holzwirtschaftlicher Aktivitäten in den Tropen genützt werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, ihre Anstrengungen zu verstärken, daß der illegale Handel mit Tropenholz wirksam bekämpft wird und die Entwicklung eines internationalen Zertifizierungssystems für Holz aus nachhaltiger Bewirtschaftung zustandekommt.

7. Um der steigenden Zerstörung von trockenen tropischen Wäldern durch zunehmenden Brennholzbedarf zu begegnen, kommt es im Energiebereich darauf an, noch stärker als bisher der Einführung und Massenverbreitung kostengünstiger und angepaßter ressourcenschonender Produktions- und Haushaltstechniken zu fördern. Andererseits sollte in Kooperation des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit anderen Ministerien, insbesondere mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit auch die Zusammenarbeit gerade mit den Schwellenländern auf dem Gebiet der rationalen, umweltschonenden Energieversorgung im High-Tech-Bereich ausgebaut werden.
8. Um weitere Finanzmittel zu mobilisieren, sind nach den erfolgreichen Beispielen etwa von Verträgen zwischen Costa Rica und Norwegen auch mit der deutschen Wirtschaft Verhandlungen für eine konkrete Umsetzung von Vorhaben unter dem Stichwort „joint implementation“ (z. B. zur Umsetzung der Klimarahmenkonvention) zu forcieren, mit dem u. a. auch Vorhaben zum Schutz des Tropenwaldes als CO₂-Senke bedient werden könnten.
9. Die Anstrengungen der Bundesregierung im Rahmen des eigenen Haushalts und in internationalen Organisationen, Lebens- und Wirkungsweise der Tropenwälder, Formen ihrer Bewirtschaftung, aber auch der Folgen der Degradierung und Zerstörung der Wälder zu erforschen, sind unvermindert fortzusetzen.
10. Die Bundesregierung wird aufgefordert, auch zum Schutz der borealen Wälder Sibiriens in internationalen Gremien und gegenüber der Regierung von Rußland aktiv zu werden und auch der deutschen Entwicklungszusammenarbeit die Möglichkeit zu verschaffen, ihre Erfahrungen z. B. in der Raumplanung, im Management von Nationalparks oder bei der Waldbrandprävention mit zusätzlichen Mitteln auch in Sibirien einzubringen.
11. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, die bei UNCED 1992 in Rio vereinbarten Waldprinzipien fortzuentwickeln zu einer völkerrechtsverbindlichen Vereinbarung. Ziel von Verhandlungen über eine Waldkonvention sollte sein, generelle Grundsätze, Leitlinien, Verpflichtungen und Standards zur Erhaltung, Bewirtschaftung und nachhaltigen Entwicklungen von Wäldern festzulegen. Damit soll auch eine Grundlage zum umfassenden, kohärenten Vorgehen der Staatengemeinschaft im Waldbereich und zur effizienteren Umsetzung und Koordinierung diesbezüglicher Projekte und Programme auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene geschaffen

werden. Bestehende Instrumente zur Finanzierung und Durchführung von Maßnahmen sollten genutzt werden, um die Einrichtung neuer, konventionseigener Mechanismen zu vermeiden.

Bonn, den 6. Mai 1997

Dr. Christian Ruck

Dr. Winfried Pinger

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Roland Kohn

Dr. Irmgard Schwaetzer

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

